

Dr. Hans Kremendahl

Materialien zur Geschichte der Sozialdemokratie

## 150 Jahre für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

Vortrag zur Ausstellungseröffnung 150 Jahre SPD, 23. Mai 2013



Inhalt:	Seite
Vortrag zur Ausstellungseröffnung 150 Jahre SPD, 23. Mai 2013	
Eine These von Hans Kremendahl vorweg	2
Historischer Abriss	3
„Naturnotwendigkeit“ und Revisionismusstreit	4
Verfolgung	5
Erst das Land, dann die Partei: Patriotismus	7
Die Weichenstellung von Godesberg 1959	8
Die Grundwerte	9
Fazit	9

Eine These von Hans Kremendahl vorweg:

Obwohl die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erst mit dem Godesberger Programm von 1959 offiziell zum Maßstab des demokratischen Sozialismus erklärt wurden: In den gesamten 150 Jahren ihrer Existenz hat sich die deutsche Sozialdemokratie an diesen Werten orientiert und für sie gekämpft!



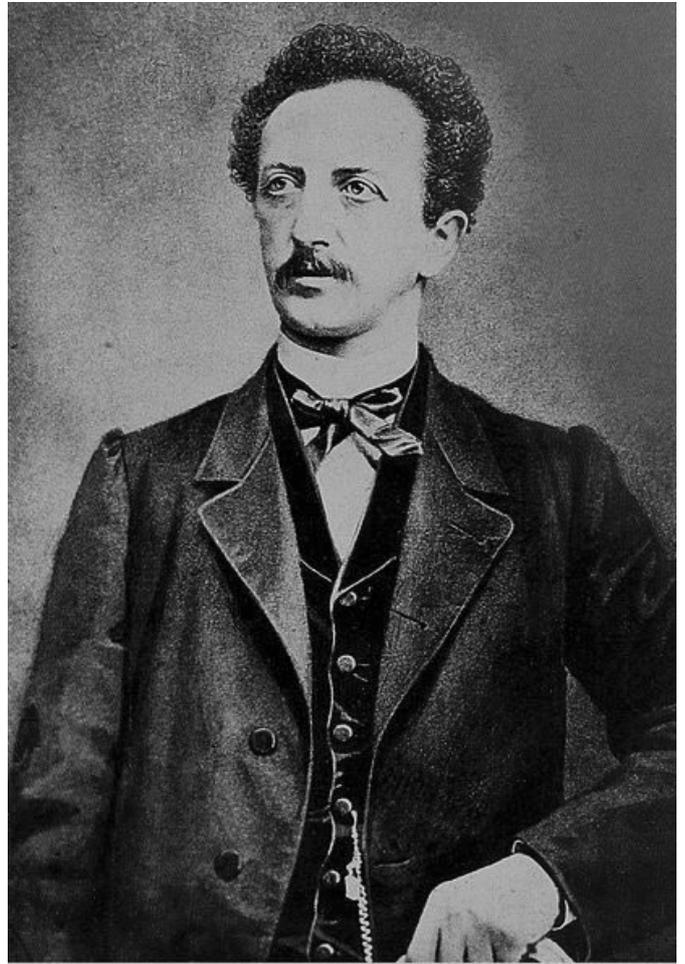
*Die Gründungsmitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.*

## Historischer Abriss

Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) gegründet. Damit beginnt die Organisationsgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der ADAV-Gründung folgte 1869 in Eisenach die Gründung der Sozialdemokratischen Deutschen Arbeiterpartei (SDAP) um August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Die anfänglichen programmatischen Unterschiede beider Parteien waren im Wesentlichen folgende: Der ADAV um Ferdinand Lassalle und seine Nachfolger bestand auf der Selbständigkeit der Arbeiterpartei und lehnte Bündnisse mit liberalen „bürgerlichen“ Kräften ab. Zudem trat er für ein „kleindeutsches“ Reich unter preußischer Führung ein. Die „Eisenacher“ hingegen suchten durchaus die Kooperation mit Liberalen und waren für die „großdeutsche“ Lösung unter Einschluss Österreichs. Nachdem Bismarck mit der Reichsgründung Fakten geschaffen hatte, entfiel dieser Gegensatz. 1875 kam es in Gotha zur Vereinigung der beiden Parteien als Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 1890 gab sich die Partei den Namen, der bis heute Bestand hat: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).

Ferdinand Lassalle war 1863 zum Präsidenten des ADAV gewählt worden. Er formulierte auch die wichtigsten Ziele der neuen Partei: Die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und die Schaffung eines aktiven Sozial- und Kulturstaats, der u.a. der Arbeiterschaft bei der Gründung von Produktivassoziationen als Alternativen zu den kapitalistischen Unternehmen helfen sollte. Durch das allgemeine Wahlrecht, so Lassalle, werde die zahlenmäßig wachsende Arbeiterklasse ihr Gewicht im Parlament, in der Gesetzgebung und dem Einfluss auf die Regierung zunehmend zur Geltung bringen können.

Übrigens: Ein erheblicher Teil der ersten Mitglieder des ADAV stammte aus dem Tal der Wupper. Lassalle hatte durch seine Ronsdorfer Rede dazu erheblich beigetragen.



*Ferdinand Lassalle.*

Er starb 1864 in einem Duell – also fast wie ein preußischer Offizier. Otto von Bismarck soll nach einem Gespräch mit Ferdinand Lassalle gesagt haben, solch einen intelligenten und angenehmen Mann hätte er gern als Gutsnachbarn.

Die deutsche Arbeiterpartei ist – wie ihre Schwesterparteien in anderen sich industrialisierenden Ländern – ein Kind der rasanten Entwicklung der Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert. Und sie setzte an der Lage der Arbeiterklasse in dieser historischen Epoche an.

- 12 bis 14stündige Arbeitstage waren die Regel
- die Entlohnung war gering und schwankend
- Frauen- und Kinderarbeit gehörte unter entwürdigenden Bedingungen zum Alltag

- es gab keinerlei soziale Absicherung in Fällen von Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit
  - Gewerkschaften entstanden allmählich, ein Recht auf Koalitionsfreiheit existierte nicht
- die Wohnverhältnisse der Arbeiterfamilien waren katastrophal.

An diese Zustände zu erinnern, macht zugleich deutlich, was die Sozialdemokratie in den 150 Jahren ihrer Geschichte erreicht hat. Wer könnte heute noch singen:

„Wir haben selbst erfahren der Arbeit Frongewalt, in düstren Kinderjahren und wurden früh schon alt“.

## „Naturnotwendigkeit“ und Revisionismusstreit



*Friedrich Engels.*

Karl Marx und Friedrich Engels erlebten die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie vom Londoner Exil aus. Sie unterhielten vielfältige Kontakte zu deutschen Sozialdemokraten wie Wilhelm Liebknecht, Eduard Bernstein und Karl Kautsky, nahmen aber nicht aktiv an der politischen Arbeit teil. Karl Marx unterzog das Programm des Vereinigungsparteitags in Gotha einer beißenden Kritik.

Gleichwohl wurde die Partei - vor allem in der Quasi-Illegalität unter dem Bismarckschen Sozialistengesetz 1878-1890 - zunehmend marxistischer. Und zwar rezipierte sie einen Marxismus, der die gewollte Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus als Bewegungsgesetz der Geschichte, als „naturnotwendig“ begriff. Für eine solche Interpretation hatten der späte Marx, aber auch Friedrich Engels in ihren Schriften die Grundlage gelegt.

Das wirkmächtigste SPD-Programm vor Godesberg, das Erfurter Programm von 1891, offenbarte ein Dilemma der Partei, das sich noch Jahrzehnte fortsetzen sollte:

In seinem Grundsatzteil folgte das Programm der Lehre von der Naturnotwendigkeit, vom Warten auf die Situation, in der der Kapitalismus an seinen eigenen Widersprüchen zusammenbrechen würde, auf den „großen Kladderadatsch“, wie August Bebel es populär zum Ausdruck brachte. In seinem praktisch-politischen Teil erhob das Programm Forderungen, die sich ihrer Natur nach an den bestehenden Staat richteten - wie die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts oder die Einführung des Achtstundentags -, also nach Reformpolitik hier und heute verlangten.

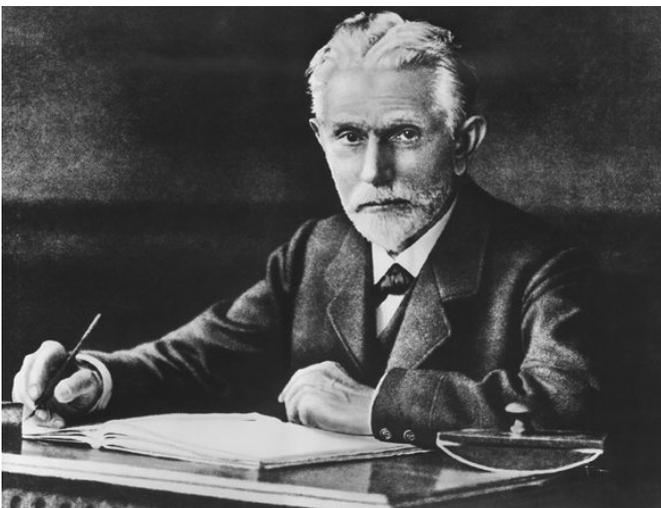
Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde die SPD bald nach Stimmen, noch nicht nach Mandaten, stärkste Partei im Reichstag, für den ein allgemeines Männerstimmrecht galt. Der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der Partei veranlasste Friedrich Engels in seinen letzten Lebensjahren, auch einen parlamentarischen Weg zum Sozialismus für möglich zu halten.

Und er löste innerparteilich eine Grundsatz- und Strategiedebatte aus, die unter dem Begriff Revisionismusstreit große Bedeutung erhielt. Mehrheitlich hielt die Partei an der durch Erfurt formulierten „bewährten Taktik“ fest, vor allem unter dem Einfluss ihres herausragenden Theoretikers Karl Kautsky. Sie bestand im Wesentlichen in der Stärkung der Organisation für den Tag X, für den naturnotwendigen Gang der Geschichte. „Die SPD ist eine revolutionäre, aber keine Revolution machende Partei“ hatte Kautsky formuliert. Spätere Historiker haben das als „revolutionären Attentismus“ bezeichnet, also eine Politik des Zuwartens auf den Zeitpunkt

der Revolution. Demgegenüber forderte ein radikaler Flügel um Rosa Luxemburg eine aktive Beschleunigung des revolutionären Prozesses, unter anderem durch politische Massenstreiks.

Eine ganz andere Konsequenz zog Eduard Bernstein. Schon kurz vor dem Jahrhundertwechsel analysierte er, dass es wohl zum „großen Kladderadatsch“ nicht kommen werde: Die Mittelschichten versanken nicht im Proletariat, sondern wurden zahlenmäßig stärker. Auf lokaler und Länderebene wirkten Sozialdemokraten an gesellschaftlichen Reformen mit. Die Partei integrierte sich zunehmend in die Gesellschaft und Politik im wilhelminischen Deutschland. Deshalb konnte Bernstein über das Endziel sagen: „Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir nichts, die Bewegung alles.“ Und er forderte seine SPD auf, das scheinen zu wollen, was sie in Wahrheit sei: „Eine demokratisch-sozialistische Reformpartei“. Bernsteins Position blieb - ebenso wie die Luxemburgs - in der Minderheit, obwohl das revolutionäre, aber nicht Revolution machende Parteizentrum praktisch keine andere Politik verfolgte. Geradezu rührend war die Kritik, die der damalige Reichssekretär Ignaz Auer an Bernstein übte: Er habe einen schweren Missgriff begangen: „Das, was Du verlangst, lieber Ede, das sagt man nicht, das schreibt man nicht, das tut man!“

## Verfolgungen



*August Bebel, SPD Vorsitzender 1892 – 1911)*



*Eduard Bernstein.*

So kann man Bernsteins Position mit Fug und Recht als eine Vorwegnahme des Reformkurses deuten, die die SPD spätestens mit dem Godesberger Programm von 1959 eingeschlagen hat. So kommentierte dann auch Carlo Schmid: „Bernstein hat auf der ganzen Linie gesiegt.“

Für ihre gesellschaftsverändernden Ziele, für ihr striktes und unbedingtes Eintreten für Demokratie hat die SPD mehrfach in ihrer Geschichte bittere Verfolgungen erlitten.

Es begann mit Bismarcks „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (Sozialistengesetz) 1878-1890. Parteiorganisation und Parteipresse wurden für illegal erklärt. Tausende Sozialdemokraten wurden aus ihrem Wohnort ausgewiesen und von ihren Familien getrennt. Nur Kandidaturen zum Reichstag als Einzelpersonen - es galt Mehrheitswahlrecht - blieben möglich, so dass die Partei parlamentarisch vertreten blieb. Gleichzeitig versuchten Bismarck und die

Reichstagsmehrheit - nach dem Prinzip Zuckerbrot und Peitsche, die Arbeiterschaft von der Partei zu trennen: Die ersten Sozialversicherungsgesetze gegen Unfall und Krankheit, auch die erste Rentenversicherung, wurden während der Geltung des Sozialistengesetzes eingeführt. Sie sind bis heute eine Grundlage des deutschen Sozialstaats - ihr taktisches Ziel erreichten sie nicht. Nach der Nicht-Verlängerung des Sozialistengesetzes 1890 war die SPD stärker denn je.

Die schlimmste Verfolgung erlitt die SPD in den zwölf Jahren der Nazi Herrschaft 1933 - 1945. Im März 1933 - die Kommunisten waren bereits ausgeschaltet --widerstand die SPD als einzige demokratische Partei Hitlers Ermächtigungsgesetz, durch das der demokratisch gewählte Reichstag ausgeschaltet wurde. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“ schleuderte der Parteivorsitzende Otto Wels Hitler und seinen johlenden braunen Horden entgegen.



*Otto Wels.*

Dieser Widerstand, diese mutige Rede von Otto Wels sind bis heute ein Fanal, das deutlich macht: Belehrungen in Sachen Freiheit und Demokratie hat die SPD von niemandem nötig. In den zwölf Jahren der Nazi-Verbrechen

leisteten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf vielfältige Weise tapferen Widerstand: Im Exil, im Reich selbst, oft in kleinen Gruppen, bis hin zum 20. Juli 1944.

Nach der Niederlage von Hitler-Deutschland im Zweiten Weltkrieg ging es mit der Verfolgung aufrechter Sozialdemokraten fast bruchlos weiter: In der sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, erzwang die Besatzungsmacht 1946 die Vereinigung von SPD und KPD zur SED. Sozialdemokraten, die sich dieser Zwangsvereinigung widersetzen, wurden inhaftiert – oft in den gleichen Lagern, in denen sie schon unter den Nazis gelitten hatten. Einzig die SPD in den Westsektoren Berlins entzog sich durch eine mutige Urabstimmung der Zwangsvereinigung. In der gesamten Geschichte der DDR war „Sozialdemokratismus“ ein Schimpfwort und begründete Verfolgung, Inhaftierung und Unterdrückung. Kein Wunder, dass der SPD-Nachkriegsvorsitzende und langjährige KZ-Insasse Kurt Schumacher die Kommunisten als „rotlackierte Faschisten“ titulierte.



*Kurt Schumacher und Annemarie Renger (1949).*

## Erst das Land, dann die Partei: Patriotismus

Im wilhelminischen Kaiserreich sind die Sozialdemokraten, ihres Internationalismus wegen, als „vaterlandslose Gesellen“ diffamiert worden. Dabei zieht sich durch die gesamte Geschichte der SPD ein tiefempfundener Patriotismus.

Das wurde zuerst sichtbar am Beginn des Ersten Weltkriegs, bei der Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten. Es war nicht nur die Lesart, Deutschland müsse sich gegen die reaktionärste Macht Europas, das russische Zarenreich, verteidigen, es war auch echte Vaterlandsliebe. „In der Stunde der Not lassen wir das Vaterland nicht im Stich“ erklärte der Fraktionsvorsitzende Hugo Haase im Reichstag - obwohl er fraktionsintern für ein Nein gestimmt hatte. Und der Reichstagsabgeordnete Eduard David meinte, Deutschland werde erleben, „dass sein ärmster Sohn auch sein treuester sei“. Übrigens taten es fast alle europäischen sozialdemokratischen Parteien der SPD gleich und unterstützten die Kriegspolitik ihrer jeweiligen Länder.



*Friedrich Ebert.*

Ein weiterer Beweis für den Patriotismus der Sozialdemokratie wurde 1918/19 nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des Kaiserreiches erbracht. Es war Friedrich Ebert, der nach dem Bankrott der alten Eliten die Verantwortung übernahm, die Regierungsgeschäfte in der Phase der Kapitulation führte und dann den Rat der Volksbeauftragten als provisorische Regierung

bildete. Gedankt wurde es ihm nicht: Sobald Junker, Großindustrielle und Militärs in der Weimarer Republik wieder ihr Haupt erheben konnten, begann die Dolchstoßlegende und die Hetze gegen die „Novemberverbrecher“. Und die Arbeiterbewegung musste eine schmerzliche Spaltung erleben: Um den Preis der Abspaltung der linken USPD und der Gründung der KPD erteilten Ebert und die Sozialdemokraten einem Rätssystem eine scharfe Absage und setzten die Bildung einer parlamentarischen Demokratie durch. Und sie bedienten sich militärischer Verbände, um linksradikale Aufstände niederzuschlagen. „Einer muss der Bluthund sein“ soll Gustav Noske gesagt haben, als er im Rat der Volksbeauftragten die Verantwortung für die Sicherheitspolitik übernahm. So wurde die junge Republik gerettet, die politische Arbeiterbewegung aber blieb bis zur Machtübernahme Hitlers tief gespalten, für die Kommunisten war die SPD noch in den frühen 30er Jahren der Hauptfeind.

Viel weniger dramatisch, aber auch mit tiefgreifenden Folgen für die SPD, war die Agenda-Politik Gerhard Schröders ab 2003. Notwendige Reformen waren in 16 Jahren der Regierung Helmut Kohls liegengeblieben. Reformen, die ihrem Inhalt nach eher von einer konservativ-liberalen als von einer rot-grünen Regierung zu erwarten gewesen wären. Gerhard Schröder aber hielt sie für im Interesse des Landes geboten und setzte sie durch. Das gilt für das Steueränderungsgesetz 2000 mit der Senkung von Eingangs- und Spitzensteuersatz, und vor allem für die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010.

Für das Land war es notwendig: Ohne diese Reformen hätte Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 nicht so rasch und gründlich überwunden und stünde heute nicht im europäischen Vergleich als Anker der Stabilität und Motor des Wachstums da. Die Partei bezahlte dafür: Mit dem Verlust der Regierungsführung 2005 und der verheerenden Wahlniederlage 2009. Verstärkt sicherlich dadurch, dass sie die Reformen nicht selbstbewusst vertrat, sondern dem Kanzler

nur zähneknirschend folgte und später den Eindruck erweckte, sich für die Agenda 2010 schämen zu müssen.

Erst das Land, dann die Partei: Nach diesem Grundsatz hat die SPD immer wieder gehandelt. Stets zugunsten Deutschlands, oft aber zum

## Die Weichenstellung von Godesberg 1959

Mit dem Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 hat die SPD aus Fehlern der Geschichte gelernt und die Weichen für ihre Regierungsfähigkeit und ihre erfolgreiche Beteiligung an mehreren Bundesregierungen gestellt. Godesberg war die Reaktion auf drei Wahlniederlagen gegen die CDU/CSU seit 1949, aber auch der Vollzug eines programmatischen Wandels, der sich im Laufe der Jahre innerparteilich entwickelt hatte.

Die wichtigsten Neuerungen waren:

- Die SPD gab dem „Bewegungsgesetz“ der Geschichte den Abschied und leitete ihr Prinzip des demokratischen Sozialismus aus den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität her. Sozialismus wurde nicht länger als eine irgendwann zu erreichende Gesellschaftsformation betrachtet, sondern als „dauernde Aufgabe“, in jeder historischen Situation so viel Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wie möglich zu erstreben.
- Die SPD versteht sich seither nicht mehr als Klassen-, sondern als Volkspartei. Das heißt, sie will unterschiedliche Bevölkerungsschichten und Interessen integrieren, sozialen Ausgleich anstreben, zusammengehalten durch Grundwerte und politische Programmatik.
- Die Partei will „keine letzten Wahrheiten“ verkünden, sondern bekennt sich zur weltanschaulichen Pluralität: Christen, Humanisten, Anhänger anderer Religionen und Philosophien können ebenso wie Marxisten Sozialdemokraten sein, wenn sie sich zu den Grundwerten und Grundforderungen der Partei bekennen.

eigenen parteipolitischen Schaden. Nur zu oft haben Sozialdemokraten mutig etwas in Gang gesetzt, dessen Früchte andere geerntet haben. Ohne Willy Brandts und Helmut Schmidts Entspannungspolitik wäre die deutsche Wiedervereinigung nicht möglich gewesen, als Kanzler der Einheit wurde Helmut Kohl gefeiert.



*Willy Brandt, SPD-Vorsitzender 1964 – 1987.*

- Die SPD setzt Sozialismus nicht länger ineins mit Sozialisierungen, sondern bekannte sich zur sozialen Marktwirtschaft. „Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig.“ Nicht die Eigentumsform, sondern die Kontrolle wirtschaftlicher Macht wird als zentrale Aufgabe begriffen.

Damit war die Partei in der neuen Bundesrepublik Deutschland angekommen. Der „Genosse Trend“ begann zu wirken. Katholische Arbeitnehmer wählten verstärkt SPD, ebenso Angehörige der Mittelschicht. Seit den frühen sechziger Jahren nahm die SPD von Wahl zu Wahl zu. Signifikant war der Wahlsieg Heinz Kühns in Nordrhein-Westfalen 1966, es folgten die erste Große Koalition, die Regierung der sozialliberalen Koalition und Willy Brandts Wahlsieg 1972, als die SPD erstmals in der Nachkriegsgeschichte stärkste Partei wurde.

Und noch der Wahlsieg Gerhard Schröders und seine rotgrünen Koalition 1998 – wiederum mit der SPD als stärkster Partei – nach 16 Jahren Helmut Kohl zeigte programmatisch den Geist von Godesberg: „Innovation und Gerechtigkeit“.

## Die Grundwerte

In ihrer gesamten Geschichte, so meine Eingangsthese, hat sich die SPD für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der Gesellschaft eingesetzt. Ihr spezifisches Verständnis dieser Werte, die ja ihren Ursprung im „liberte´egalite´fraternite´“ der Französischen Revolution haben, beschreibt sowohl ihre Geschichte als auch gegenwärtige wie künftige gesellschaftliche Herausforderungen.

- Freiheit ist für Sozialdemokraten nicht nur die Freiheit von staatlichen Zwängen, wie im klassischen Liberalismus. Freiheit muss Freiheit in der Lebenswirklichkeit sein, zu ihr gehört die Möglichkeit, von Freiheitsrechten real Gebrauch machen zu können.
- Das setzt soziale und wirtschaftliche Gleichstellung der bislang Unterprivilegierten voraus, Mitbestimmung im politischen Bereich ebenso wie in Unternehmen, Betrieben und vielen gesellschaftlichen Lebensbereichen. Willy Brandts „mehr Demokratie wagen“ war angewandter Grundwert Freiheit.
- Gerechtigkeit ist im sozialdemokratischen Verständnis Chancengleichheit und gleiche Freiheit für alle. Sie bedeutet nicht Resultatgleichheit: Auch bei gleichen Startchancen werden die Ergebnisse individueller Lebensläufe stets unterschiedlich sein, weil die Talente und Neigungen der Menschen unterschiedlich sind. Um die Startchancen ging es aber bei den Arbeiterfamilien im 19. Jahrhundert, um sie geht es heute noch in unserem Bildungssystem, das nach wie vor

die Kinder aus wohlhabenden und Bildungsschichten privilegiert.

- Solidarität war am Anfang der Arbeiterbewegung die Konsequenz aus der Erkenntnis, dass der einzelne Arbeiter sein Los nicht individuell verbessern konnte, sondern dass kollektives Handeln in organisierter Form (Partei, Gewerkschaften) gefordert war. Solidarität ist heute – durch den entwickelten Sozialstaat- Verfassungsgebot. Auch das ist ein historischer Erfolg der Sozialdemokratie.

Die drei Grundwerte bedingen einander und sind im sozialdemokratischen Verständnis gleichwertig und gleichgewichtig. Der Schlüsselgrundwert jedoch ist Freiheit.

Gerechtigkeit muss es geben, damit die Menschen unabhängig von sozialer Herkunft und Geldbeutel des Elternhauses frei leben können. Solidarität ist notwendig, um auch für diejenigen Freiheitsspielräume zu schaffen, die dies aus eigener Kraft nicht vermögen. Freiheit ist also die Verbindung zwischen den Grundwerten und definiert sie.

Willy Brandt hat das 1987 in seiner Abschiedsrede als Parteivorsitzender wie folgt zum Ausdruck gebracht:

„Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit. Die Freiheit für viele, nicht nur für die wenigen. Freiheit des Gewissens und der Meinung. Auch Freiheit von Not und Furcht.“

## Fazit

Die SPD blickt auf eine wechselvolle, insgesamt aber große Geschichte zurück. Der Blick muss aber immer auch nach vorn gehen. Das liegt in der Natur, in der „dauernden Aufgabe“ unserer Partei. Auch hierzu eine These: Die SPD war immer dann stark, wenn sie Wirtschaftskompetenz und Sozialkompetenz miteinander zu verbinden wusste.

Soziale Gerechtigkeit ist das Markenzeichen der Sozialdemokratie. Gerät das ins-Wanken – wie scheinbar nach der Agenda 2010 – führt es zu Vertrauensverlust.

Mehrheitsfähig war die Partei aber nur dann, wenn sie auch glaubhaft deutlich machen konnte, dass wirtschaftliches Wachstum, wettbewerbsfähige Unternehmen, Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Aufstiegschancen bei ihr in guten Händen waren. So hat die erfolgreiche Wirtschaftspolitik eines Karl Schiller 1969 entscheidend zur Übernahme der Regierungsführung in der sozialliberalen Koalition beigetragen. So hat die Behauptung dieser Koalition in den siebziger und frühen achtziger Jahren, in wirtschaftlich schwierigen

Zeiten, mit der unbestrittenen wirtschafts-  
politischen Kompetenz Helmut Schmidts zu  
tun.

Und auch Gerhard Schröders Wahlerfolge  
waren nicht zuletzt darin begründet, dass man  
ihm wirtschaftspolitische Fähigkeiten - durch-  
aus jenseits von Etiketten wie „Genosse der  
Bosse“- glaubhaft zuerkannte. Noch zwei Jahre  
nach Start der Agenda, bei der Bundestagswahl  
2005, landete die SPD mit Schröder auf  
Augenhöhe mit der Union. Der große Absturz  
kam erst später.

An diesen scheinbaren Spagat zwischen  
Wirtschaftskompetenz und Sozialkompetenz  
gilt es wieder anzuknüpfen, wenn die SPD ihren  
Rang als Volkspartei und als gleichgewichtige  
Konkurrenz zur Union zurückgewinnen will.

Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und  
Solidarität gelten in jeder sich wandelnden  
gesellschaftlichen Situation. Sie stellen uns  
permanent vor Aufgaben, die sozialdemo-  
kratische Antworten verlangen. Das galt  
gestern, das gilt heute und es gilt auch morgen.  
Die SPD hat nie Krieg oder Diktatur über das  
deutsche Volk gebracht. Sie hat ihre Ziele  
immer im Rahmen demokratischer Normen  
und Spielregeln zu erreichen versucht.

Bei allen Fehlern in Geschichte und Tagespolitik:  
Eines konnte und kann man der SPD immer  
anvertrauen: Die deutsche Demokratie!

Deshalb können wir nach 150 Jahren stolz sein  
auf unsere Partei.